

Im Mai veröffentlichte Arbeitsminister Olaf Scholz den aktuellen Armutsbericht. Dessen Zahlenwerk enthält einige beunruhigende Botschaften: Jeder vierte Mensch in Deutschland fällt entweder heute schon unter die Armutsgrenze oder muss trotz einer Beschäftigung mit staatlichen Leistungen davor bewahrt werden. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Die Mittelschicht, der eigentliche Garant von Demokratie und Sozialstaat, gerät zusehends unter Druck. Wie kann man dieser Entwicklung aus Ihrer Sicht entgegenwirken?

Der Bericht ist im wahrsten Wortsinn ein Armutszeugnis. Deutschland ist im weltweiten Vergleich noch immer ein Wohlstandsstaat. Doch das Vermögen muss gerechter verteilt werden, und die Durchlässigkeit zwischen den gesellschaftlichen Schichten muss wieder größer werden statt wie derzeit geringer. Mehr als zehn Millionen Menschen haben in Deutschland keine oder nur eine geringe Teilhabe am kulturellen Leben. Weltweit sieht dies noch unvergleichlich verheerender aus. Deshalb meine ich, dass die Orientierung auf rein

»Wie bekämpfen wir die Armut?«

materielles Wachstum verändert werden muss, insbesondere da es auf Kosten der Schwächeren und der Umwelt geht und nur wenigen zugutekommt.

Entgegen dem europäischen Trend ist das Armutsrisiko von Erwerbstätigen gestiegen. Können Sie diese Entwicklung anhand Ihrer Erfahrungen in Suppenküchen bestätigen?

Ja, leider zeigt sich auch dort, dass immer häufiger Menschen mit geringem Einkommen auf zusätzliche Unterstützung angewiesen sind, insbesondere auch Familien. Es ist doch erschütternd, dass es bereits Suppenküchen für Kinder gibt. Für das Selbstbewusstsein eines Menschen ist es wichtig, sich selbst ernähren zu können. Es raubt ihm die Würde, wenn er sich als Objekt behandelt fühlt, das von Zuwendungen abhängig ist. Wer arbeitet, muss davon leben können, und dementsprechend hoch sollte das Einkommen von Geringverdienern sein. Wenn die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer wird, dann stimmt im Gesamtsystem etwas nicht. Es bedarf eines generellen Perspektivenwechsels hin zu mehr Gerechtigkeit.

Was entgegnen Sie einem Manager, der sein Gehalt mit dem Leistungsprinzip und seiner großen Verantwortung verteidigt?

Leistung soll sich lohnen, es können auch nicht alle dasselbe verdienen. Aber zu viele schuften bis an die Grenze ihrer Möglichkeiten und haben trotzdem kaum genug zum Leben. Da ist das Argument mit der Verantwortung in sich zwar richtig,



aber angesichts der Dimensionen einfach nur zynisch. Ohne alle Manager unter Generalverdacht zu stellen, hat die Vergangenheit gezeigt, dass einige höchstens gegenüber Aktionären Verantwortung wahrnehmen, aber nicht gegenüber den Mitarbeitern. Ein grundsätzliches Problem liegt zudem darin, dass Kapital die Eigenschaft hat, sich zu vermehren. Wer Geld für sich arbeiten lassen kann und im Prinzip selbst nicht arbeiten braucht, ist grundsätzlich im Vorteil. Dieser Aspekt der strukturellen Ungerechtigkeit wird oft unterschlagen.

Manche fordern eine »neue Solidarität« und die Wiedereinführung der 1997 abgeschafften Vermögenssteuer. Halten Sie dies für sinnvoll?

Derzeit erleben wir die Aufweichung des Solidarprinzips zugunsten des Selbstvorsorgeprinzips. Vorsorge treffen können aber nur die, die über entsprechendes Einkommen oder Vermögen verfügen. Wir brauchen daher ein Mindestmaß an Solidarprinzip, damit unserer »sozialen Marktwirtschaft« das soziale Element nicht völlig abhanden kommt. In den vergangenen 15 Jahren hat es für die Normalverdiener eine rückläufige Reallohnentwicklung gegeben, während die Managergehälter förmlich explodiert sind. Eine »neue Solidarität« halte ich schon aus rein ethischen Gründen für geboten.

IM GESPRÄCH

Stefan Federbusch *ofm*, 40, Priester, ist stellvertretender Leiter des Franziskanischen Bildungswerkes e.V. und Schulseelsorger im Franziskanergymnasium Kreuzburg in Großkrotzenburg.